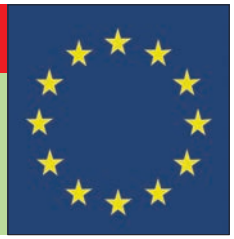
BERNER BERNOIS

Journal

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • September • Nr. 3–2015

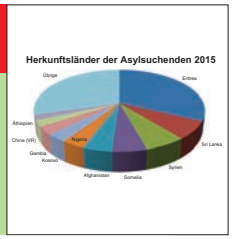
Kein (schleichender) EU-Beitritt! 2+3

Die schleichende Integration in die EU muss verhindert werden. Stattdessen sind die Bilateralen nachzuverhandeln.



Asylchaos bekämpfen 10+11

Die Asylresolution der SVP Kanton Bern will echt Bedrohte schützen und die Zuwanderung drosseln. Erste Vorstösse wurden eingereicht.



SVP-Mobilisierungsfest am 3. Oktober 16

Holen wir den Schwung für die Endphase des Wahlkampfs – mit Swing und gratis Risotto am SVP-Mobilisierungsfest in Biel!

Wir sehen uns am 3. Oktober in Biel

AZB 3000 Bern 25

Jeder Zweite wählt (noch) nicht! Das müssen wir ändern!

Alle an die Urne am 18. Oktober

Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

Wenn 50 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht an die Urne gehen, ist das ein Problem, denn ein grosser Teil dieser schweigenden Mehrheit denkt wie wir. Nutzen wir also dieses Potential! Helfen Sie mit!

Wenn die 50 Prozent Nichtwähler an die Urne gehen würden, würden sie für weniger Zuwanderung, weniger EU-Diktat und eine moderate Steuerbelastung stimmen, also für das SVP-Programm. Wenn es uns also gelingt, einen Teil dieser Menschen dazu zu bewegen, wählen zu gehen, sind wir der Umsetzung unserer politischen Ziele ein grosses Stück näher gekommen.

Vielfältige Gründe für Wahlabstinenz

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum die Nichtwähler trotz der Übereinstimmung mit uns nicht wählen gehen: Einige konzentrieren sich lieber auf ihre Arbeit und lassen Politik links liegen, sind also einfach desinteressiert und sehen keinen Nutzen im Wählen. Andere wiederum sind enttäuscht vom Bundesrat und sind für sich zum Schluss gekommen, dass die in Bern dann trotzdem machen, was sie wollen. Man kann es ihnen nicht verdenken. Trotz des Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat sich der Bundesrat tatsächlich noch keinen Millimeter bewegt. Einigen fehlt auch die Motivation oder der Antrieb oder sie haben keine Lust, sich durch den ganzen Papierberg des Wahlkuverts durchzukämpfen, auch das ist verständlich.

Aber bei allem Verständnis für die verschiedenen Gründe des Nichtwählens: Wir sind dazu da, um all diese Leute nun zu motivieren, trotzdem wählen zu gehen, eine SVP-Liste einzulegen und Albert Rösti in den Ständerat zu verhelfen. Wer wenn nicht wir SVPler haben die Vernetzung und die Kraft, um all diese, welche so denken wie wir, mitzureissen und allen zu zeigen: Es lohnt sich, das Wahlrecht zu nutzen. Wir können etwas ändern!

Jetzt handeln!

Als Parteipräsident rufe ich Sie alle dazu auf: Gehen Sie zu ihren Nachbarn, Bekannten, Verwandten, entfernt Bekannten und klopfen Sie da und dort an die Tür und motivieren Sie zum Wählen. Das ist keine Parteirhetorik, sondern es ist mir ein zentrales Anliegen, dass wir unsere politischen Ziele in der kommenden Legislatur erreichen können. Dazu braucht es entsprechende Mehrheiten und eine starke Berner SVP-Vertretung im Bundeshaus und einen SVP-Sitz im Ständerat.

Nutzen wir also die wenigen Wochen, die uns noch bleiben! Es lohnt sich, für Bern und für unser Land!

Ich danke Ihnen allen für Ihren grossen Einsatz.

Werner Salzmann

Wie unabhängig sind wir von der EU?

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Betrachtet man nur die nackten Zahlen des Aussenhandels, so ist die Antwort auf diese Frage auf den ersten Blick einfach: Die Europäische Union ist für die Schweizer Wirtschaft sehr wichtig. Die Schweiz exportierte 2014 Güter im Wert von fast 114 Mrd. Franken in den EU-Raum und importierte Güter im Wert von 130.5 Mrd. Franken. Die wichtigsten Länder im EU-Raum waren dabei Deutschland (38.6 Mrd. Fr. Exporte), danach kommen Frankreich (14.9 Mrd.) und Italien (13.7 Mrd.). Wichtiger als Frankreich und Italien sind aber die USA, dorthin wurden letztes Jahr Güter im Wert von fast 26 Mrd. Franken exportiert. Und die Exporte in die USA haben auch deutlich stärker zugenommen als die Exporte in die EU.

Interessant ist aber auch, dass sich der prozentuale Anteil der Exporte in die EU seit Jahren verringert, während der Anteil der Exporte in die USA kontinuierlich steigt. Gingen 1993 noch 62.9% aller Exporte in die EU, waren es 2003 nur noch 60.3% und 2014 noch gut 55%. Wichtigstes Exportland war und ist Deutschland. Ein erstes Zwischenfazit lässt sich also wie folgt ziehen: Zwar war vor den Bilateralen der Exportanteil in die EU-Länder höher als heute und andere Regionen holen auf. Dennoch ist die EU nach wie vor sehr wichtig für unsere Exportindustrie und die Wirtschaftsbeziehungen müssen weiterhin vertraglich gesichert sein.

Neben dieser Schweizer Sicht ist auch die Sicht der EU wichtig. Hier ist festzuhalten, dass die Schweiz für die EU der drittwichtigste Wirtschaftspartner ist. Zudem hat die Schweiz bereits jetzt aufgrund der Bilateralen Beiträge in Milliardenhöhe an die EU geleistet und die EU wird auch in Zukunft nicht auf Geld aus der EU verzichten wollen, besonders wenn man an die knappen Kassen diverser EU-Länder denkt. Dazu kommt, dass etwa das Landverkehrsabkommen als Teil der Bilateralen für die EU so wichtig ist, dass sie kein wirkliches Interesse daran hat, die Bilateralen zu kündigen. Als zweites Zwischenfazit kann also gesagt werden, dass die Schweiz und die EU sich auf Augenhöhe begegnen können und sollten. Die Schweiz ist im bilateralen Verhältnis mit der EU weder die Bittstellerin noch die Rosinenpickerin, als die sie so gerne dargestellt wird.

Leider deutet das Verhalten des Bundesrats in eine andere Richtung. Er spricht von einer «Erneuerung des bilateralen Wegs» und verhandelt über eine sogenannte institutionelle Einbindung in die EU. Die Schweiz soll grosse Teile des EU-Rechts automatisch und ohne Mitsprache übernehmen. Der Bundesrat entspricht so dem Willen der EU, die seit Jahren sagt, dass sie keine neuen bilateralen Verträge abschliessen will, wenn die Schweiz nicht automatisch EU-Recht übernimmt und den EU-Gerichtshof mit EU-Kontrollen und Sanktionen akzeptiert. Dazu ist zu sagen, dass die EU nach wie vor Verträge mit der Schweiz abschliesst, wenn dies ihr dient.

Der Bundesrat glaubt aber offensichtlich den Drohungen der EU dennoch und möchte einen Rahmenvertrag, der für alle jetzigen und künftigen bilateralen Vereinbarungen gültig sein soll. Er tut dies trotz dem klaren Nein der Schweizer Stimmbevölkerung 1992 zum EWR, trotz dem Nein bei der Abstimmung über einen EU-Beitritt 2001 und trotz dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative.

Es gilt, diesen faktischen schleichenden EU-Beitritt zu verhindern. Die SVP tut dies seit langem. Sie engagiert sich als einzige Partei ohne Wenn und Aber dafür, dass die Horrorvision, die Frank A. Meier in einem Interview, in der Zeitung «Schweiz am Sonntag» skizziert hat, nicht wahr wird. Er hatte über den EU-Beitritt gesagt: «Der ist im Moment natürlich chancenlos. Kommen wird er trotzdem. Über Nacht, so wie das Ende des Bankgeheimnisses über Nacht kam.» Die SVP nimmt bei ihrem Einsatz für die Eigenständigkeit der Schweiz die Interessen der Bevölkerung ernst, denn 81 Prozent der Schweizerischen Bevölkerung wollen keinen EU-Beitritt.

Der Bundesrat muss daran erinnert werden, dass die EU kein Interesse daran hat, die Bilateralen scheitern zu lassen. Der Bundesrat kann also aus einer Position der Stärke heraus argumentieren. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass die Bilateralen so nachverhandelt werden, dass wieder für beide Seiten der Nutzen überwiegt und die schädlichen Auswirkungen für die Schweiz minimiert werden können. Wie bereits erwähnt, ist dies nicht utopisch: Beide Seiten haben ein Interesse an gut funktionierenden bilateralen Verträgen und die EU ist nach wie vor und trotz anderslautenden Drohungen bereit, Verträge mit der Schweiz abzuschliessen.

Für einen erfolgreichen Kampf braucht es aber eine gestärkte SVP-Fraktion. Am 18. Oktober haben Sie es in der Hand!

Albert Rösti

Jusqu'à quel point sommes-nous dépendants de l'UE?

Si nous n'étudions que les chiffres bruts du commerce extérieur, au premier abord, la réponse à cette question est simple : l'Union européenne est très importante pour l'économie suisse. En 2014, la Suisse a exporté pour près de 114 milliards de francs de marchandises dans l'espace européen et a importé pour 130.5 milliards de francs. Les pays majeurs de l'espace européen pour la Suisse ont été l'Allemagne (export : 38.6 milliards de francs), la France (14.6 milliards) et l'Italie (13.7 milliards). Mais les USA passent avant la France et l'Italie où la Suisse a exporté pour 26 milliards de marchandises en 2014.

Il est aussi intéressant de voir que le pourcentage de marchandises exportées dans l'UE a reculé d'année en année alors qu'il a augmenté visiblement vers les Etats-Unis. En 1993, 62.9% de toutes les exportations se faisaient dans l'UE ; en 2003, ce chiffre avait chuté à 60.3% et en 2014, ce n'était plus que 55%. Le pays primeur d'exportation était et est toujours l'Allemagne. On peut en tirer une première conclusion : avant les bilatérales, le pourcentage d'exportation était plus élevé dans les pays UE qu'aujourd'hui et d'autres régions comblent ce déficit. Toutefois, l'UE reste très importante pour notre industrie exportatrice et les relations commerciales doivent être garanties par contrat.

Outre la vision helvétique, la vision de l'UE est aussi importante. Il convient en effet de souligner que la Suisse est le troisième client économique de l'UE. De plus, la Suisse a versé des milliards à l'UE en raison des accords bilatéraux et l'UE ne voudra certes pas renoncer à cette manne providentielle d'autant que les caisses de divers pays UE sont presque à sec. En outre, p.ex. l'accord sur les transports terrestres qui fait partie des accords bilatéraux est si important pour l'UE qu'elle n'a pas intérêt à les résilier. Deuxième conclusion intermédiaire : on peut dire que l'UE et la Suisse peuvent et doivent avoir des relations d'égal à égal. Dans les relations bilatérales, notre pays n'est ni le solliciteur ni le profiteur comme on l'entend ici et là.

Malheureusement, vu son comportement, le Conseil fédéral semble s'orienter différemment. Il parle d'un « renouvellement de la voie bilatérale » et négocie sur un rattachement institutionnel à l'UE. La Suisse devrait reprendre la grande partie du droit de l'Union européenne automatiquement et sans avoir son mot à dire. Le Conseil fédéral se plie ainsi à la volonté de l'UE qui dit depuis des années qu'elle ne veut pas conclure de nouveaux accords bilatéraux si la Suisse ne reprend pas automatiquement le droit de l'Union européenne et n'accepte pas la Cour de justice européenne avec contrôles UE et sanctions. Mais l'UE continue à conclure des accords avec la Suisse quand cela l'arrange. Le Conseil fédéral est assez crédule pour croire encore aux menaces de l'UE ; il voudrait conclure un contrat cadre valable pour tous les accords bilatéraux actuels et futurs. Il négocie malgré le Non clair de l'électorat suisse en 1992 à l'EEE, le Non lors des votations sur une adhésion à l'UE en 2001 et le Oui à l'initiative contre l'immigration de masse en 2013.

Il s'agit d'empêcher cette adhésion de fait insidieuse à l'UE. *L'UDC s'y emploie depuis longtemps. Elle est l'unique parti à s'engager « sans si ni mais » pour éviter la vision d'horreur dépeinte par Frank A. Meier dans une interview publié dans l'hebdomadaire Schweiz am Sonntag. Il s'est exprimé en ces termes sur une adhésion à l'UE : «Cette adhésion n'a bien sûr aucune chance en ce moment. Et pourtant elle viendra. Pendant la nuit, comme la fin du secret bancaire est arrivée ». Avec son engagement, l'UDC montre qu'elle prend au sérieux les intérêts de la population qui souhaite garder son indépendance, 81% de la population suisse refuse l'adhésion à l'UE.*

Il faut rappeler au Conseil fédéral que l'UE n'a aucun intérêt à faire échouer les accords bilatéraux. Il peut donc négocier dans une position forte. Je m'engage donc pour une poursuite des négociations sur les bilatérales de façon à ce que les deux côtés tirent profit de ces négociations et que toute conséquence au détriment de la Suisse soit minimisée. Comme je l'ai dit précédemment, ce n'est pas une utopie : les deux parties ont tout intérêt à ce que les accords bilatéraux fonctionnent bien ; l'UE est prête malgré des menaces latentes à conclure des accords avec la Suisse.

Pour que la lutte soit efficace, il faut un groupe UDC renforcé. Le 18 octobre vous pourrez jouer cet atout.

Wählen Sie in 3 schnellen Schritten

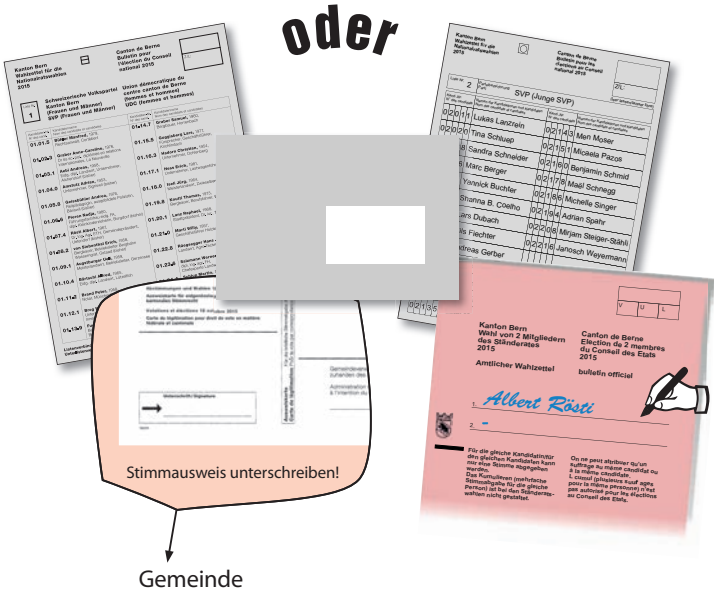
Schritt 1 **Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den vorgedruckten Wahlzettel Liste 1 oder 2 für die Nationalratswahlen.**

Schritt 2 **Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den leeren Wahlzettel für die Ständeratswahlen und schreiben Sie den Namen «Albert Rösti» darauf.**

Schritt 3 **Unterschreiben Sie den Stimmausweis und bringen Sie ihn zusammen mit den beiden Wahlzetteln an die Urne oder legen Sie alles in das Wahlkuvert für die briefliche Wahl.**

Achtung!

- Sie helfen uns am besten, wenn Sie die SVP-Liste unverändert einwerfen.
- Wenn Sie für die Nationalratswahlen den leeren Wahlzettel benutzen, vergessen Sie nicht, oben «SVP» und die Listennummer 1 oder 2 einzutragen.
- Wenn Sie brieflich abstimmen, reichen Sie das Kuvert bis zum Donnerstag, 15. Oktober 2015 bei der Gemeinde ein.



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?
Wählen Sie die Gratis Hotline 0800 002 444

«Steuerstrategie» der bernischen Regierung: **Kassen füllen um jeden Preis**

Die SVP Kanton Bern ist konsterniert ob der sogenannten Steuerstrategie der Regierung, welche in diesen Tagen in die Vernehmlassung gegeben wurde. Zwar sollen endlich und richtigerweise die Unternehmen etwas entlastet werden, dafür sollen Private tiefer in die Tasche greifen. So geht das nicht! Das Ausgabenwachstum ist anzugehen anstatt die Steuerlast hin- und herzuschieben.

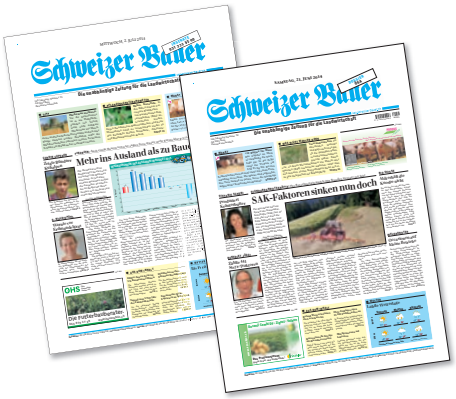
Anstatt eine echte, langfristige Steuerstrategie vorzulegen, versucht die links-grüne Berner Regierung einmal mehr, mit einseitigen Studien zu zeigen, warum es besser ist, Steuern zu erhöhen statt zu senken. Besonders originell ist die Aussage, dass es sich nicht lohne, die Steuern zu senken, weil die zusätzlichen Einnahmen durch die so gewonnen Zuzüger ja vom NFA wieder weggefressen würden. Die Regierung zieht es also vor, am Tropf der anderen Kantone zu hängen, anstatt die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

Ausser Acht gelassen wird zudem, dass jeder Arbeitnehmer, der hier zwar arbeitet, aber auswärts wohnt, beträchtliche Verkehrskosten verursacht. Bezahlen sollen dies die im Kanton Ansässigen mit höheren Motorfahrzeugsteuern.
Und dies so kurz nach dem Ja des Berner Stimmvolkes zur Senkung der Motorfahrzeugsteuern. Eine solche Missachtung des Volkswillens durch die Regierung ist völlig unverständlich.
Der einzige positive Punkt der «Steuerstrategie» ist die kurzfristige Entlastung der Unternehmen. Die Regierung schlägt dies nur vor, weil sie einsehen musste, dass Bern sonst im Kantonswettbewerb nicht länger bestehen kann. Allerdings profitieren Einzelfirmen, Kollektivgesellschaften und ähnliche Unternehmen nicht von dieser Entlastung. Auch verpufft die positive Wirkung wegen den geplanten Steuererhöhungen bei den Motorfahrzeugen und die Neubewertung der Grundstücke. Die Regierung scheut offenbar keine Mühen, um den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Teil der Steuerstrategie sollte es sein, das Grundproblem des Kantons, also das Ausgabenwachstum anzugehen anstatt so genannte «Gegenfinanzierungen» für Entlastungsmassnahmen zu suchen. In den nächsten vier Jahren plant die Regierung ein jährliches Ausgabenwachstum von 120 Millionen Franken. Blieben die Kantonsausgaben konstant (das sollte wegen fehlender Teuerung und stagnierender Wirtschaft möglich sein), dann wäre die vorgesehene Senkung der Unternehmenssteuern bereits ab dem zweiten Jahr vollumfänglich finanziert.

Die SVP wird diese auf kurzfristige Massnahmen setzende und jede politische Weitsicht vermissende Steuerstrategie so auf keinen Fall unterstützen und die Vorlage im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zurückweisen. Die SVP verlangt vom Regierungsrat eine neue Vorlage, welche den Namen «Steuerstrategie» auch verdient und insbesondere auch die Ausgabenseite berücksichtigt. Ansonsten werden wir das Geschäft im Grossen Rat mit allen Mitteln bekämpfen.

Mit dem Schweizer Bauer treffen Sie den richtigen Entscheid!



Im Schweizer Bauer erfahren Sie aus erster Hand, was in der Schweizerischen Agrarpolitik passiert. Unsere ausgewiesenen Journalisten sind unmittelbar vor Ort, wenn wichtige Entscheide getroffen werden. Entscheiden auch Sie sich für die Nr. 1 der landwirtschaftlichen Fachpresse in der Schweiz!

2 Mal in der Woche - Mittwoch und Samstag - berichtet der Schweizer Bauer unabhängig und top-aktuell über alle Gebiete der Schweizerischen Landwirtschaft.
Zum Neuabonnent schenken wir Ihnen das grosse Schweizer Bauer-Taschenwerkzeug – natürlich in Schweizer Top-Qualität von Victorinox!

Ihr Geschenk

☐ **Ja, ich entscheide mich, den Schweizer Bauer für 1 Jahr zum Preis von Fr. 213.– zu abonnieren. Als Geschenk erhalte ich das grosse Schweizer Bauer Taschenwerkzeug.**

☐ Ich möchte den Schweizer Bauer erstmal kennenlernen. Senden Sie mir ein Schnupperabo für 3 Monate zu Fr. 36.– (ohne Geschenk!).

Name _____ Vorname _____

Strasse/Nr. _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

127

Einsenden oder Faxen an: Schweizer Bauer, Aboservice, Industriestrasse 37, 3178 Bösingen, Fax 0844 40 50 60

Sind tiefe Steuern im Kanton Bern möglich?

Peter Brand, Präsident SVP-Grossratsfraktion, Münchenbuchsee

Der Kanton Bern ist im interkantonalen Vergleich eine eigentliche Steuerhölle. Bei den Privatpersonen ist die Steuerbelastung inzwischen die vierthöchste in der Schweiz. Wir liegen sogar hinter dem Kanton Jura. Auch bei den Unternehmenssteuern liegen wir auf Rang 23.
Warum kam es so weit? Die Kantonsausgaben sind seit 2002 von 7,6 Mia. Franken auf 10,2 Mia angestiegen, ein Wachstum von 2'600 Mio. Dies ist sicher der Hauptgrund für die hohen Steuern. Zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien haben wir nach dem letzten Sparpaket eine Motion eingereicht, die eine nachhaltige Sanierung der Finanzen mit einer konkreten Überprüfung der kantonalen Angebote forderte. Der Regierungsrat lehnte die Motion ab, der Grosse Rat überwies sie indes deutlich mit 81 zu 51 Stimmen. Der Regierungsrat macht aber nichts, wir haben nichts gehört von einer wirklichen Angebotsüberprüfung (das letzte war eine mehr oder weniger willkürliche Sparübung). Man legt erneut die Hände in den Schoss, weil höhere Einnahmen und neue Überschüsse budgetiert werden. Der Finanzplan der nächsten Jahre zeigt ein Ausgabenwachstum von 120 Mio. pro Jahr, also wurstelt die Regierung weiter wie bisher, statt steuerliche Entlastungsmöglichkeiten zu suchen. Die Grossratsfraktion wird Druck machen, problematisch ist die dünne bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat, die sofort kippt, wenn auch nur wenige nicht mitmachen.

Ein grosses Problem sind die Pendlerbewegungen. Es gibt deutlich mehr Leute, die ausserhalb des Kantons wohnen und hier arbeiten, als solche, die hier leben und auswärts arbeiten. Die Zupendler zahlen ihre Steuern in anderen Kantonen, der Kanton Bern muss die Infrastruktur bereitstellen, hat aber nichts davon. Folgen sind der Verlust von Steuersubstrat und Probleme der Unternehmen, Kadermitarbeitende zu rekrutieren. Als Gegenmassnahmen müssen wir attraktive Wohnlagen schaffen und Steuersenkungen sind dringender denn je. Wir dürfen nicht weiter kalte Steuererhöhungen oder die Schaffung neuer Steuern tolerieren. Keinesfalls aufgeben dürfen wir den einzigen Trumpf, den wir gegenüber andern Kantonen haben, die Vermögenssteuerbremse.

Die Entwicklung der Unternehmensbesteuerung im Kanton Bern ist ein einziges Trauerspiel. Von Rang 7 (2005) sind wir auf Rang 23 abgerutscht. Ohne sofortige Gegensteuer drohen der Verlust von Arbeitsplätzen und der Wegzug von Unternehmen.

Zudem erbringt der Kanton Bern sehr viele Leistungen zugunsten anderer Kantone und des Bundes. Diese Leistungen müssen zu Vollkosten verrechnet werden, zum Teil kennen wir diese aber gar nicht (z.B. Psychiatrie Bellelay) oder fakturieren wissentlich zu wenig (Jugendheim Prêles).

Fazit
Tiefere Steuern sind auch im Kanton Bern möglich, wenn wir endlich die Kantonsaufgaben prüfen, nice to have Angebote streichen und die erbrachten Leistungen korrekt verrechnen. Wichtig ist auch, dass wir im Bereich der Raumplanung gezielt für attraktive Wohnlagen sorgen und gleichzeitig alle Möglichkeiten für Steuersenkungen ausschöpfen.

Wir werden sicher nicht auf ein Steuerniveau wie Zug kommen. Das würde nicht zuletzt auch die Randregionen empfindlich treffen, und das wollen wir definitiv nicht. Aber eine Steuerbelastung im schweizerischen Schnitt liegt durchaus drin, wenn wir uns wirklich bemühen.

Peter Brand

Est-il possible de réduire la fiscalité dans le canton de Berne ?

Le canton de Berne est aujourd'hui un enfer fiscal comparé à d'autres cantons. C'est un des quatre cantons où les particuliers paient le plus d'impôts. Il devance même le Jura. Pour les entreprises, Berne se trouve derrière au 23e rang.
Pourquoi ? Alors que les dépenses du canton étaient de 7.6 milliards en 2002, elles atteignent aujourd'hui 10.2 milliards. Cette croissance de 2'600 millions explique en bonne partie le pourquoi de ces impôts élevés. Quand le traitement du dernier train d'économies a été clos, nous avons déposé une motion avec d'autres partis du Centre pour un assainissement des finances en demandant une vérification efficace des offres du canton. Le Conseil-exécutif l'a rejetée. Le Grand Conseil l'a transférée avec une majorité confortable. Et que fait le Conseil-exécutif ? Rien, nous n'avons pas entendu parler d'un nouveau contrôle. Il faut croire que l'on se repose sur ses lauriers parce que des recettes plus élevées et de nouveaux excédents vont être budgétés. Cependant le plan financier des années à venir indique une croissance des dépenses de 120 millions par an, le Conseil-exécutif bricole une fois de plus au lieu de chercher des possibilités de décharges fiscales. Le groupe UDC du Grand Conseil fera pression, mais ce sera difficile, car le Centre n'a qu'une petite majorité au Grand Conseil.

Les mouvements pendulaires sont un grand problème. Beaucoup de gens qui travaillent dans le canton n'y habitent pas. Les pendulaires paient leurs impôts dans d'autres cantons, le canton de Berne offre l'infrastructure, mais n'en profite pas. Il en résulte une perte de précieuses ressources fiscales et les entreprises ont de la peine à recruter des cadres. Quelles mesures pouvons-nous prendre ? Nous devons créer des incitations pour le logement. Baisser les impôts est incontournable. Pas question de tolérer une augmentation d'impôts à froid ou d'en instaurer de nouveaux. En tout cas, nous ne devons pas perdre le seul atout que nous avons vis-à-vis d'autres cantons, en l'occurrence le frein à l'impôt sur la fortune.

L'évolution de l'imposition des entreprises dans le canton de Berne est une tragédie. Du 7e rang en 2005, nous sommes dégringolés au 23e rang. Nous risquons de perdre des emplois et nous risquons aussi le départ d'entreprises si nous ne changeons pas de cap.
A tout ceci s'ajoute que le canton de Berne fournit de nombreuses prestations pour d'autres cantons et en faveur de la Confédération. Ces prestations doivent être portées entièrement en compte. Là aussi, il faut réagir parce que nous ne connaissons les coûts de revient global que partiellement (p. ex. service psychiatrique de Bellelay) ou ne facturons pas tout (foyer d'éducation des Prêles).

Conclusion
Des impôts plus bas dans le canton de Berne, c'est tout à fait faisable si nous commençons à contrôler les tâches du canton, à biffer des offres « nice to have » et à facturer correctement les prestations fournies. Nous n'accéderons certainement pas au niveau de fiscalité de Zoug. Cela toucherait d'ailleurs nos régions limitrophes, ce que nous ne voulons pas du tout. Mais nous devons nous efforcer d'être dans la bonne moyenne suisse

Steuergesetz – schlimmster Fall abgewendet

In der Septembersession wurde das Steuergesetz in zweiter Lesung beraten. Es gelang dabei, den schlimmsten Fall abzuwenden: Der Fahrkostenabzug wurde nicht wie von der Regierung gefordert auf 3'000.–, sondern «nur» auf 6'700.– reduziert. Somit ist immerhin ein Grossteil der Bernerinnen und Berner von dieser faktischen Steuererhöhung nicht mehr betroffen. Familienpolitisch wurde aber beim Steuergesetz ein falsches Signal gesetzt, da der Fremdbetreuungsabzug von 3'100.– auf 8'000.– erhöht wurde, während die ebenfalls geforderte, sehr moderate Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs (8'300.– statt 8'000.–) abgelehnt wurde. Einmal mehr werden somit Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, benachteiligt. Ebenfalls gelang es leider nicht, die Unternehmenssteuern moderat zu senken – die SVP wurde nur von der FDP und der EDU unterstützt…

Die Steuergesetzrevision ist insgesamt unbefriedigend und trägt nichts dazu bei, dass der Kanton Bern keine Steuerhölle mehr ist. Es gilt nun, wenigstens die Steuerstrategie mittels Anträgen in die richtige Richtung zu lenken.

Erfahrene Köpfe in den Nationalrat

Berner Jura

Manfred Bühler 01.01.5
www.manfredbuehler.ch

1979, Cortébert
Rechtsanwalt
Grossrat, Gemeindepräsident, Mitglied vom Conseil du Jura bernois
Leiter Netzwerk Berner Pärke, Vorstand Mütter- und Väterberatung BE

Berner Jura

Anne-Caroline Graber 01.01.5
www.anne-caroline-graber.ch

1976, La Neuveville
Dr. rer. pol., Handelslehrerin
Grossrätin, Präsidentin députation du Jura bernois, Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen

bisher

Andreas Aebi 01.03.1
www.aebi-andreas.ch

1958, Alchenstorf
Eidg. dipl. Landwirt, Lehrlingsausbildner, Unternehmer
Präsi. aussenpolitische Kommission des NR 2012/13, Präsi. parl. Delegation OSZE 2014/15
Präsi. Arbeitsgemeinschaft Schweizer Rinderzüchter ASR, OK-Präsi. Eidg. Schwing- und Älplerfest ESAF 2013 Burgdorf i.E.

bisher

Adrian Amstutz 01.04.0
www.adrian-amstutz.ch

1953, Schwanden ob Sigriswil
Unternehmer
Fraktionspräsident
Zentralpräsident Schweizerischer Nutzfahrzeugverband ASTAG, Exekutivrat Swiss Olympic
Stiftungsrat REGA

bisher

Andrea Geissbühler 01.05.8
www.andreageissbühler.ch

1976, Bäriswil
Reitpädagogin, ehemalige Kindergärtnerin und Polizistin, Diplom der bäuerlichen Haushaltungsschule Hondrich
Präsidentin Dachverband Drogenabstinenz Schweiz, Co-Präsidentin parl. Gruppe Biodiversität/Artenschutz

Peter Brand 01.11.2
www.peter-brand.ch

1958, Münchenbuchsee
Notar
Präsident SVP Grossratsfraktion, Präsident HEV Kanton Bern
Vorstand parlamentarische Gruppe Wirtschaft

Walter Brog 01.12.1
www.walterbrog.ch

1967, Innertkirchen
Unternehmer
Gemeindepräsident
Verwaltungsrat Kraftwerke Oberhasli AG
Präsident IG Alpenpässe

Thomas Fuchs 01.13.9
www.nein.eu

1966, Bern-Niederbottigen
Betriebswirtschafter HF, Geschäftsführer Bund der Steuerzahler, Liegenschaftsverwalter
Grossrat, Leiter Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft der Justizkommission
Oberst, Präsident Berner Samariter, PIKOM und Pro Libertate, Mitglied KMU und HEV

Samuel Graber 01.14.7
www.samuelgraber.ch

1960, Horrenbach
Bergbauer
Grossrat, Mitglied GPK
Präsi. Schweiz. Kälbermästerverband, Vorstand Schweiz. Rindviehproduzenten, Vorstand Fachkommission Viehwirtschaft SBV, Präsi. Alpgenossenschaft Spycherberg Justistal, Präsi. Tierschutzverein Thun

Lars Guggisberg 01.15.5
www.larsguggisberg.ch

1977, Kirchlindach
Fürsprecher, Geschäftsführer
Grossrat
Vorstand Spitex Verband Kanton Bern, Vorstand TCS Kanton Bern, Vorstand Gewerbeverein Kirchlindach-Meikirch
Mitglied Direktion Neue Mittelschule NMS Bern

Mehr Sicherheit

8,2 Millionen Menschen leben heute in unserem Land. Täglich reisen neue Zuwanderer und Wirtschaftsflüchtlinge ein. Kriminaltouristen nutzen die fehlenden Grenzkontrollen. Die Polizei hat viel zu tun, aber immer weniger Mittel. Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei ihre Kräfte auf die Kriminalitätsbekämpfung konzentriert und dass ausländische Straftäter ausgewiesen werden – im Interesse der gesamten Bevölkerung!

Mehr Freiheit

Immer mehr Bürokratie, Gesetze und internationale Bestimmungen prägen unseren Alltag. Wir folgen immer häufiger einfach der EU, von den Auto-Kindersitzen über die Grösse der Strassenschilder bis hin zu den Tabaksteuern und zur Aufenthaltsgenehmigung. Der Zentralismus in den Regionen nimmt zu, die Freiheit schwindet. Für die SVP sind Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie Werte, die nicht verhandelbar sind.

Mehr zum Leben

Im Kanton Bern zahlt man mehr Steuern als in den meisten Kantonen. Dazu kommen noch Gebühren für Energie, Wasser und Abwasser sowie zahlreiche weitere Abgaben. Zum Leben bleibt immer weniger. Wir geben Gegensteuer. Die Senkung der Motorfahrzeugsteuern und der Handänderungssteuer sind erste Erfolge der SVP. Wir kämpfen weiter für Sie!

www.svp-bern.ch

Liste 1 SVP UDC

bisher

Nadja Pieren 01.06.6
www.nadja-pieren.ch

1980, Burgdorf
Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkinderzieherin, Betriebsleiterin private Kita/Tagi
Nationalrätin, Stadträtin, Vizepräsi. SVP CH
Präsi. Gemüseproduzenten-Vereinigung Kt. Bern und Freiburg (GVBF), Präsi. Fleischfachverband Kt. Bern (FFV), Verwaltungsrätin Emme AG (Radio NEO 1)

bisher

Albert Rösti 01.07.4
www.albertroesti.ch

1967, Uetendorf
Dr. Ing Agr. ETH, MBA Bern und Rochester (USA)
Gemeindepräsident
Selbständig; Beratungen für Wirtschaft und Politik
Präsident Wirtschaftsrat Berner Oberland, Präsident AVES und Swissoil, Präsident Nationales Nordisches Skizentrum Kandersteg

bisher

Erich von Siebenthal 01.08.2
www.erichv7thal.ch

1958, Gstaad
Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn Wasserngrat
Präsident Schweiz. Alpwirtschaftsverband SAV
Präsident Berner Waldbesitzer BWB
Präsident BEO Holz
Vizepräsident Berner Bauern BEBV

Ueli Augstburger 01.09.1
www.ueliaugstburger.ch

1959, Gerzensee
Meisterlandwirt, Betriebsleiter
Grossrat, Berufsbildungsrat Kt. Bern
Vorstand Oda AgriAliForm CH, Präsident Aufsichtskommission überbetriebliche Kurse, Vorstand Bernische Musikschulen VBMS
Beirat Fachhochschule Gesundheit

Alfred Bärtschi 01.10.4
www.baertschi-waldhaus.ch

1965, Lützelflüh
Eidg. dipl. Landwirt, Berufsbildner
Grossrat, Präsi. Schwellenkorporation Lützelflüh, Präsi. Viehzuchtverein Lützelflüh, Vizepräsi. Wasserbauverband Präsi. Flurgenossenschaft Waldhaus, Vizepräsi. Schweizerischer Club für Entlebuchersennenhunde

Christian Hadorn 01.16.3
www.christian-hadorn.ch

1954, Ochlenberg
Unternehmer
Grossrat, Mitglied GPK
Vorstand Verein BERNbilingue, Vizepräsi. Behindertenwerkstätte Madiswil,
Vorstand Swissmechanic Bern/Bienne, Präsi. GPK Interkant. Polizeischule Hitzkirch

Erich Hess 01.17.1
www.erichhess.ch

1981, Bern
Unternehmer und Geschäftsführer, Lastwagenführer
Grossrat und Mitglied Geschäftsprüfungskommission, Stadtrat, Präsi. Junge SVP Kanton Bern
Vizepräsi. Samariterfahrdienst Bern-Biel-Thun
«Ja zur Schweiz – Nein zum EU-Beitritt!»

Jürg Iseli 01.18.0
www.iseli-gluetsch.ch

1964, Zwieselberg
Meisterlandwirt
Grossrat, Präsident Finanzkommission
Vizepräsident Bauernvereinigung Thun, Grosser Vorstand Berner Bauern BEBV, Vorstand Wahlkreisverband Thun SVP

Thomas Knutti 01.19.8
www.thomas-knutti.ch

1973, Weissenburg
Bergbauer, Berufsfahrer
Grossrat, Vizegemeindepräsident Därstetten
Präsident IG Spitalversorgung, Präsident Wahlkreisverband Oberland, Vizepräsident Bauernvereinigung Niedersimmental

Raphael Lanz 01.20.1
www.raphaellanz.ch

1968, Thun
Stadtpräsident Thun
Dr. iur. / Fürsprecher
Grossrat
Diverse Vorstands- und Verwaltungsratsmandate

Willy Marti 01.21.0

1957, Kallnach
Geschäftsführer Holzbaubetrieb
Grossrat
Gewerbeverein Kallnach, Verband Holzbau Schweiz

Hans Jörg Rüegsegger 01.22.8
www.hjruegsegger.ch

1970, Riggisberg
Agro-Techniker HF, Betriebsleiter
Grossrat, Präsident Berner Bauern BEBV
Vorstand Schweizer Bauernverband, Vorstand Schweizerische Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor SALS

Werner Salzmann 01.23.6
www.werner-salzmann.ch

1962, Mülchi
Dipl. Landwirt, dipl. Ing. Agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft
Präsident SVP Kanton Bern
Oberst , Präsident Berner Schiesssportverband
Präsident Schweizerischer Verband für Landtechnik (SVLT)

Martin Schlup 01.24.4
www.martin-schlup.ch

1960, Schüpfen
Meisterlandwirt
Grossrat, Gemeinderat
Präsident Holzproduzenten Lyssbachtal, Kassier Berggenossenschaft Frémont, Vorstand Verein produzierende Landwirtschaft, OK Seeländisches Turnfest 2016

Béatrice Struchen 01.25.2
www.struchen.ch

1961, Epsach
Handelsdiplom, Bäuerin
Grossrätin
Grossratspräsidentin 2014/2015
Präsidentin LOS und IP-Ring, Vorstand Berner Bauern BEBV, Mitglied KMU

Junge Köpfe für in den Nationalrat

Lukas Lanzrein 02.01.1
www.lukas-lanzrein.ch www.3malmehr.be

3645 Thun (Gwatt)
Jurist, Notariatsmitarbeiter
Stadtrat, Präsident SVP/FDP-Fraktion, Offizier, «Für eine sichere Zukunft in Freiheit!»

Tina Schluep 02.02.0

2740 Moutier
Studentin PH
Stadträtin, Sekretärin Junge SVP Berner Jura, Mitglied WWF und Pro Natura

Sandra Schneider 02.03.8
www.sandraschneider.ch

2502 Biel/Bienne
Kauffrau
Stadträtin, Präsidentin Junge SVP Biel-Seeland, Sekretärin SVP Biel, Vorstand SVP Seeland, Mitglied Pro Libertate, AUNS und Tierpark Biel

Marc Berger 02.04.6

3600 Thun
Fachangestellter Gesundheit / Student
Mitglied TV Steffisburg, Schiessverein Heiligenschwendi, Junge SVP Kanton Bern, «Für ein bezahlbares und fortschrittliches Gesundheitssystem!»

Yannick Buchter 02.05.4
www.yannick-buchter.ch

3014 Bern
Webredaktor
Vizepräsident SVP-Konolfingen, Vorstand Junge SVP Schweiz, Vorstand Gesellschaft Schweiz-Israel, Hauptmann der Armee

Adrian Hoz 02.11.9
Twitter: @_adrianhoz

3037 Herrensschwanden
Student Maschinenbau ETH
Offizier, Privatpilot (i.A.), Präsident Junge SVP Mittelland-Nord, Vorstand Junge SVP Kanton Bern

Patrick Kissling 02.12.7
www.patrick-kissling-nationalrat.ch

2560 Nidau
Betriebsleiter
Mitglied SVP Nidau und Junge SVP Kanton Bern, «Für eine sichere und sorgenlose Zukunft der Schweiz!»

Rafael Morgenthaler 02.13.5

3123 Belp
Student Wirtschaftsingenieur
«Für tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben. Nein zum EU-Beitritt. Für ein starkes Gewerbe. Konsequente Ausländer und Asylpolitik.»

Men Moser 02.14.3

3008 Bern
Backoffice-Mitarbeiter / Verkaufsberater
Präsident Junge SVP Stadt Bern, Vizepräsident SVP Bern-Süd, Delegierter Quartiermitwirkung Stadtteil Bern III (QM3), Mitglied SVP Bern-Bümpliz

Micaela Pazos 02.15.1

3014 Bern
Kauffrau
Hobby: Tanzen

Janosch Weyermann 02.21.6

3427 Utzenstorf
Fachmaturand IT & Kommunikation, Kaufmännischer Mitarbeiter
Stv. Sekretär Junge SVP Kanton Bern, Mitglied SVP Utzenstorf, AUNS, Gruppe Giardino, Pro Libertate, Pink Cross und Berner Samariter

Junge SVP

Junge SVP Kanton Bern
www.jsvpbern.ch

«Keine Ein hilfeempfä

Grosserfolg der JSVP

Dank der Annahme der JSVP-Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» konnten die Einbürgerungsregeln im Kanton Bern massiv verschärft werden.

Gegen den Widerstand aller Parteien ausser der SVP wurde am 24. November 2013 die Ini-

Liste 2

Shanna B. Coelho 02.06.2

2720 Tramelan
Studentin Rechtswissenschaften
Präsidentin Junge SVP Berner Jura, Vorstandsmitglied SVP Berner Jura, Mitglied AUNS, Hobbys: Fitness, Schiessen, Fotografie

Lars Dubach 02.07.1
www.lars-dubach.ch

3415 Rüegsauschachen
Teamleiter SBB Reisezentrum Thun
Vorstand SVP Rüegsau, Sekretär Junge SVP Kt. Bern, Oberleutnant, Sekretär Schützen Rüegsau, Mitglied Offiziersgesellschaft Burgdorf, AUNS

Nils Fiechter 02.08.9
www.nilsfiechter.ch

3714 Frutigen
Kaufmann
Präsident Junge SVP Frutigen-Niedersimmental, Vorstandsmitglied SVP Frutigen, Mitglied Pro Libertate, AUNS, Egerkinger Komitee

Andreas Gerber 02.09.7

3537 Eggiwil
Milchtechnologe, Transporteur
Werbechef Junge SVP Kanton Bern, Vorstand SVP Eggiwil, Mitglied AUNS, und Egerkinger Komitee, Eishockey-spieler

Markus Horst 02.10.1
www.markus-horst.ch

3204 Rosshäusern
Unternehmer
Vizepräsident SVP Neuenegg, Vorstand KMU Amt Laupen, Präsident IG Rütti-Fest

Benjamin Schmid 02.16.0

3250 Lyss
Student B. Sc. Betriebswirtschaft
Vorstandsmitglied Junge SVP Kanton Bern, Präsident der JSVP-Kommission Finanzen und Wirtschaft, Mitglied SVP Lyss, «Schluss mit der masslosen Ausgabenpolitik des Bundes!»

Maël Schnegg 02.17.8

2735 Champoz
Wirtschafts-Doktorand
Mitglied Junge SVP Berner Jura, Mitglied im Fakultätsrat der Hautes Etudes Commerciales (HEC) Lausanne

Michelle Singer 02.18.6

3427 Utzenstorf
Floristin, Drucktechnologin i.A.
Mitglied SVP Sektion Utzenstorf, Junge SVP Kanton Bern, Turnverein Utzenstorf, Hobbys: Turnen, Korbball
«Zentralisierung stoppen und Nein zum EU-Beitritt!»

Adrian Spahr 02.19.4

2543 Lengnau BE
Restaurationsfachmann
Vorstandsmitglied Junge SVP Kanton Bern, Präsident JSVP-Kommission Polizei und Militär, Mitglied AUNS und Pro Libertate, Unteroffizier der Schweizer Armee, Hobby: Schwingen

Mirjam Steiger-Stähli 02.20.8

3700 Spiez
Sekretärin
«Sozial- und nothilfeabhängige Migranten sind nicht länger vom Steuerzahler durchzufüttern.»

bürgerung von Verbrechern und Sozial-
ngern!»

tiative der Jungen SVP «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» mit 55,8% deutlich angenommen. Neu gelten deshalb im Kanton Bern u.a. folgende Mindestanforderungen an eine Einbürgerung:

- Kein Pass für rechtskräftig verurteilte Schwerkriminelle.
- Keine Einbürgerung von Personen, die wirtschaftlich nicht selbständig sind, d. h. von Sozialhilfeempfängern oder Personen, die bezogene Sozialhilfegelder nicht zurückbezahlt haben.
- Einbürgerung nur bei guten (d. h. nicht bloss rudimentären) Kenntnissen einer Amtssprache sowie bei ausreichenden Staatskunde-Kenntnissen.
- Kein Pass ohne Niederlassungsbewilligung!

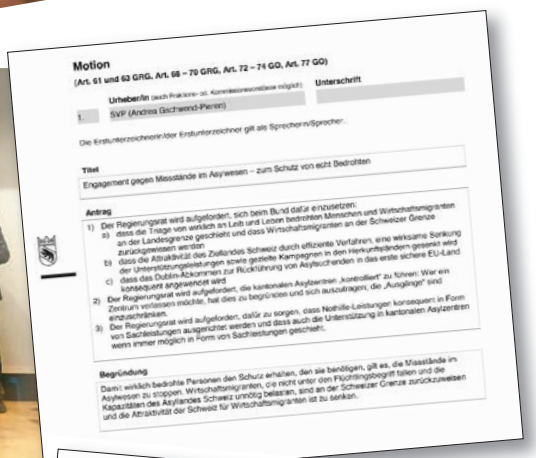
Mittlerweile wurde die Initiative auch von den eidgenössischen Räten gewährleistet. Und die neuesten Zahlen zeigen, dass die Initiative wirkt: Im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren haben sich die Einbürgerungszahlen 2014 faktisch halbiert!

Das Ja zur Initiative ist ein grosser Erfolg: Noch nie zuvor wurde im Kanton Bern eine Initiative einer Jungpartei angenommen. Die JSVP konnte damit zeigen: Sie ist am Puls der Bevölkerung und versteht die Sorgen der Bernerinnen und Berner.
Sie ist stark genug, um eine Initiative nicht nur zustande zu bringen, sondern auch die Abstimmung zu gewinnen.
Sie präsentiert Lösungen, die auch den Praxistest bestehen und zu nachweisbaren Verbesserungen führen!

Erich Hess,
Präsident JSVP Kanton Bern

Echt Bedrohte schützen – Zuwanderung

Die bernischen SVP-Delegierten befassten sich an der Versammlung in Spiez eingehend mit dem Thema Asyl. Die SVP setzt sich entschieden dafür ein, dass dem Asylrechtsmissbrauch durch trittbrettfahrende Wirtschaftsmigranten ein Ende gesetzt wird. Echt Bedrohte sollen aber in der Schweiz Schutz finden. Zu diesem Zweck wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet. In der Diskussion kam auch deutlich zum Ausdruck, dass Rassismus in der SVP keinen Platz hat. Auf Antrag eines Delegierten wurde zudem an der Versammlung Geld für Schutzbedürftige gesammelt. Es kamen 1000 Franken zusammen, die der Glückskette überwiesen wurden.



Motion
(Art. 61 und 63 GRG, Art. 68 – 70 GRG, Art. 72 – 74 GO, Art. 77 GO)

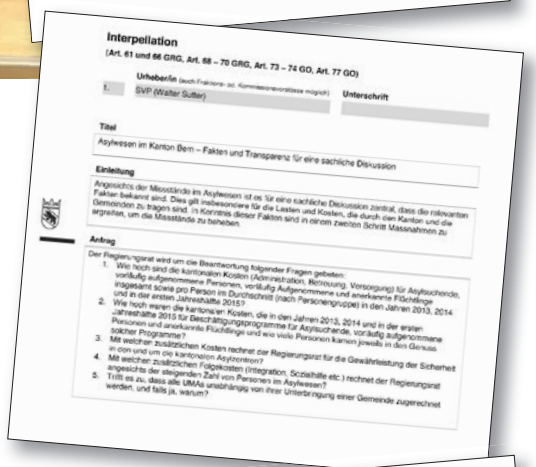
Urheber/in (auch Fraktions- od. Kommissionsvorstösse möglich) | Unterschrift
1. SVP (Andrea Gschwend-Pieren)

Die Erstunterzeichner/in/der Erstunterzeichner gilt als Sprecher/in/Sprecher:

Titel
Engagement gegen Missstände im Asylwesen – zum Schutz von echt Bedrohten

Antrag
1) Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen:
a) dass die Frage von wirklich an Leib und Leben bedrohten Menschen und Wirtschaftsmigranten an der Landesgrenze geschieht und dass Wirtschaftsmigranten an der Schweizer Grenze zurückgewiesen werden
b) dass die Attraktivität des Zielländes Schweiz durch effiziente Verfahren, eine wirksame Senkung der Unterstützungsleistungen sowie gezielte Kampagnen in den Herkunftsländern gesenkt wird
c) dass das Dublin-Abkommen zur Rückführung von Asylsuchenden in das erste sichere EU-Land konsequent angewendet wird
2) Der Regierungsrat wird aufgefordert, die kantonalen Asylzentren „kontrolliert" zu führen: Wer ein Zentrum verlassen möchte, hat dies zu begründen und sich auszutragen, die „Ausgänge" sind einzuschränken.
3) Der Regierungsrat wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Nothilfe-Leistungen konsequent in Form von Sachleistungen ausgerichtet werden und dass auch die Unterstützung in kantonalen Asylzentren wenn immer möglich in Form von Sachleistungen geschieht.

Begründung
Damit wirklich bedrohte Personen den Schutz erhalten, den sie benötigen, gilt es, die Missstände im Asylwesen zu stoppen. Wirtschaftsmigranten, die nicht unter den Flüchtlingsbegriff fallen und die Kapazitäten des Asylandes Schweiz unnötig belasten, sind an der Schweizer Grenze zurückzuweisen und die Attraktivität der Schweiz für Wirtschaftsmigranten ist zu senken.



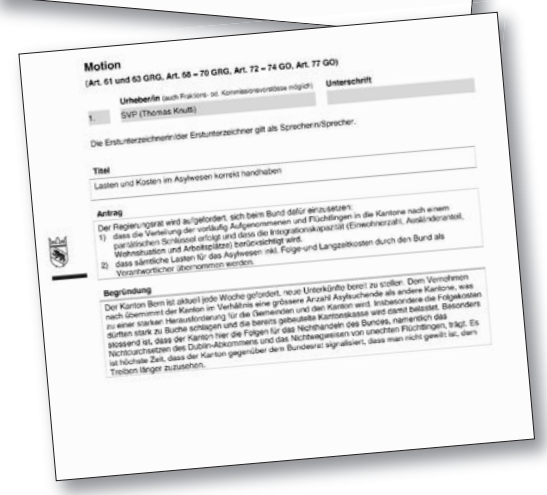
Interpellation
(Art. 61 und 66 GRG, Art. 68 – 70 GRG, Art. 73 – 74 GO, Art. 77 GO)

Urheber/in (auch Fraktions- od. Kommissionsvorstösse möglich) | Unterschrift
1. SVP (Walter Sutter)

Titel
Asylwesen im Kanton Bern – Fakten und Transparenz für eine sachliche Diskussion

Einleitung
Angesichts der Missstände im Asylwesen ist es für eine sachliche Diskussion zentral, dass die relevanten Fakten bekannt sind. Dies gilt insbesondere für die Lasten und Kosten, die durch den Kanton und die Gemeinden zu tragen sind. In Kenntnis dieser Fakten sind in einem zweiten Schritt Massnahmen zu ergreifen, um die Missstände zu beheben.

Antrag
Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:
1. Wie hoch sind die kantonalen Kosten (Administration, Betreuung, Versorgung) für Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge insgesamt sowie pro Person im Durchschnitt (nach Personengruppe) in den Jahren 2013, 2014 und in der ersten Jahreshälfte 2015?
2. Wie hoch waren die kantonalen Kosten, die in den Jahren 2013, 2014 und in der ersten Jahreshälfte 2015 für Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge und wie viele Personen kamen jeweils in den Genuss solcher Programme?
3. Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Regierungsrat für die Gewährleistung der Sicherheit in den und um die kantonalen Asylzentren?
4. Mit welchen zusätzlichen Folgekosten (Integration, Sozialhilfe etc.) rechnet der Regierungsrat angesichts der steigenden Zahl von Personen im Asylwesen?
5. Trifft es zu, dass alle UMAs unabhängig von ihrer Unterbringung einer Gemeinde zugerechnet werden, und falls ja, warum?



Motion
(Art. 61 und 63 GRG, Art. 68 – 70 GRG, Art. 72 – 74 GO, Art. 77 GO)

Urheber/in (auch Fraktions- od. Kommissionsvorstösse möglich) | Unterschrift
1. SVP (Thomas Knutti)

Die Erstunterzeichner/in/der Erstunterzeichner gilt als Sprecher/in/Sprecher.

Titel
Lasten und Kosten im Asylwesen korrekt handhaben

Antrag
Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen:
1) dass die Verteilung der vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen in die Kantone nach einem paritätischen Schlüssel erfolgt und dass die Integrationskapazität (Einwohnerzahl, Ausländeranteil, Wohnsituation und Arbeitsplätze) berücksichtigt wird.
2) dass sämtliche Lasten für das Asylwesen inkl. Folge- und Langzeitkosten durch den Bund als Verantwortlicher übernommen werden.

Begründung
Der Kanton Bern ist aktuell jede Woche gefordert, neue Unterkünfte bereit zu stellen. Dem Vernehmen nach übernimmt der Kanton in Verhältnis eine grössere Anzahl Asylsuchende als andere Kantone, was zu einer starken Herausforderung für die Gemeinden und den Kanton führt, insbesondere die Folgekosten stoßen stark zu Buche schlagen und die bereits gebeutelte Kantonskasse wird damit belastet. Besonders ploszend ist, dass der Kanton hier die Folgen für das Nichthandeln des Bundes, namentlich das Nichtumsetzen des Dublin-Abkommens und das Nichtbewegenlassen von unechten Flüchtlingen, trägt. Es ist höchste Zeit, dass der Kanton gegenüber dem Bundesrat signalisiert, dass man nicht gewillt ist, dem Treiben länger zuzusehen.

Resolution der SVP Kanton Bern zur Asyl- und Migrationspolitik

Entschieden Handeln: Echt bedrohte schützen – Zuwanderung drosseln

1. Die Schweiz soll unter strikter Anwendung des von Volk und Ständen beschlossenen Asylgesetzes wirklich an Leib und Leben bedrohten Menschen Schutz gewähren.
2. Die Zuwanderung in der Schweiz ist wie von Volk und Ständen beschlossen selbständig zu steuern, d.h. die Personenfreizügigkeit darf in der bisherigen Form nicht weitergeführt werden. Mit der EU ist eine verfassungskonforme Lösung zu finden. Sollte das fristgerecht nicht möglich sein, ist der Volksentscheid eigenständig durchzusetzen.

   Die Umgehung der Zuwanderungsbeschränkungen via Asylweg ist zu unterbinden. Wirtschaftsmigranten sind konsequent an der Schweizergrenze zurückzuweisen.

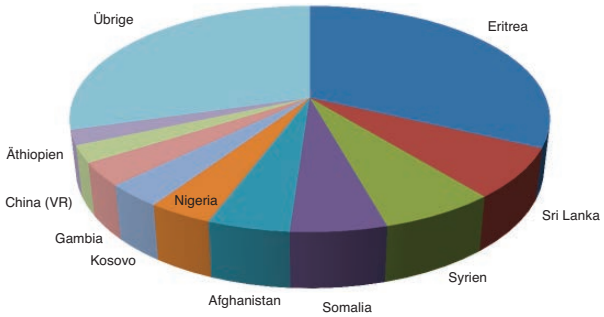
   Die Attraktivität des Ziellandes Schweiz ist durch effiziente Verfahren, eine wirksame Senkung der Unterstützungsleistungen sowie gezielte Kampagnen in den Herkunftsländern zu senken.
3. Das Dublin-Abkommen zur Rückführung von Asylsuchenden in das erste sichere EU-Land ist ohne Wenn und Aber anzuwenden.
4. Die Asylsuchenden sind so lange in Unterkünften und Zeltstädten des Bundes nahe der Landesgrenze unterzubringen, bis geklärt ist, ob ein Asylgrund besteht (Erstaufnahmezentren).
5. Die Verteilung von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen in die Kantone hat nach einem paritätischen Schlüssel zu erfolgen. Bei der Verteilung von Flüchtlingen ist die Integrationskapazität (Einwohnerzahl, Ausländeranteil, Wohnsituation und Arbeitsplätze) zu berücksichtigen.
6. Die Lasten für das Asylwesen inkl. Folge- und Langzeitkosten hat der Bund als Verantwortlicher zu übernehmen.

National- und Grossratsmitglieder setzen sich dafür ein, dass obige Punkte in den Räten Gehör finden und Lösungen in der Asyl –und Migrationsproblematik erwirkt werden.

drosseln

Asylchaos – bittere Realität

Herkunftsländer der Asylsuchenden 2015



Armeezelte müssen aufgebaut werden, um die Asylbewerber einquartieren zu können, der bernische Polizeidirektor will fünf Gemeinden per Verfügung zwingen, ihre Zivilschutzanlagen als Asylunterkünfte zu öffnen (und zieht diese Verfügungen nur nach heftigem Protest zurück), langjährigen Mietern wird die Wohnung zugunsten von Asylsuchenden gekündigt, und alleine für dieses Jahr wird mit 29'000 neuen Asylgesuchen gerechnet – die Situation läuft aus dem Ruder. Und die meisten Asylbewerber sind keine an Leib und Leben verfolgte Kriegsflüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten – den 6.5% syrischen Asylbewerbern etwa stehen 32% eritreische Asylsuchende gegenüber.
Ein «Weltwoche»-Artikel deckte weiter auf, dass ein anerkannter eritreischer Flüchtling in seine Heimat reiste, um zu heiraten – obwohl er dort gemäss offizieller Schweizer Darstellung an Leib und Leben bedroht ist. Danach reiste er mit seiner Frau problemlos wieder aus. Stossend ist: Dies ist kein Einzelfall!
2010–2014 reichten anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene beim Staatssekretariat für Migration, das Auslands- und Heimatreisen bewilligen muss, beinahe 62'000 Gesuche ein, und von Anfang 2011 bis Ende Juni 2015 bewilligte das SEM insgesamt 50'000 Reisen (40'500 für anerkannte Flüchtlinge, 9'500 für vorläufig Aufgenommene und Asylsuchende)! Ein Kommentar erübrigt sich.
Um die Asylprobleme zu lösen, greifen die Verantwortlichen zur denkbar schlechtesten Lösung: Die Schweiz heisst immer mehr Asylgesuche gut oder gewährt vorläufige Aufnahmen. Zudem wird anders als z.B. in Österreich und Deutschland auf Grenzkontrollen verzichtet und der Nationalrat hat in der Asyldebatte die Lösungsvorschläge der SVP abgelehnt.
All dies zeigt: Das Asylchaos ist leider Realität, auch wenn die offiziellen Stellen gebetsmühlenartig betonen, man habe alles im Griff, nur um der SVP nicht Recht geben zu müssen.

Sicher und frei bleiben
SVP wählen
Liste 1 oder 2
SVP UDC
Nationalratswahlen
18. Oktober 2015

Wussten Sie, dass in den letzten 4 Jahren 50'000 so genannte Verfolgte Auslandsreisen machten?

Sicherheit und Freiheit gehören zusammen Die Armee ist der Garant dafür – auch heute noch!

Der Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann, hat anlässlich eines Unternehmeranlasses des Bären-Club eindrücklich geschildert, wie wichtig eine gut gerüstete Armee ist. Er hat aufgezeigt, dass auch heute noch Konflikte nicht einfach nur via Computer geführt werden. Sicher sind Cyber-Attacken Teil einer Offensive, nach wie vor braucht es aber auch konventionelle Mittel, um ein Land zu schützen.

Die Weiterentwicklung der Armee ist zentral, wenn wir auch in Zukunft noch sicher und frei leben wollen. Dazu muss das Parlament auch die nötigen Mittel bewilligen. Dafür wird sich die SVP einsetzen.

Bären-Club: Garant für spannende Anlässe

Kennen Sie unseren Gönner-Verein «Bären-Club»? Der Bären-Club ist nicht nur eine gute Sache im Interesse der bürgerlichen Politik, sondern bietet seinen Mitgliedern auch immer wieder spannende Anlässe wie der Unternehmer-Anlass mit Korpskommandant Blattmann im Bundeshaus.

Nähere Informationen erhalten Sie auf dem Parteisekretariat oder unter www.svp-bern.ch/Kontakt/Gönner.

Mit Frauenpower für die Schweiz und die SVP

Ich hoffe, dass der 1. August, unser Nationalfeiertag, in den Dörfern und Städten auch weiterhin in traditioneller Art und Weise gefeiert wird: mit geschmückten Balkonen und Gärten und der Beflaggung der öffentlichen Gebäude, mit Musik der örtlichen Musikvereine, der Jodlerchörli und dem Singen unserer Nationalhymne. Wir dürfen uns über so viel Positives freuen: über die Naturschönheiten, unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Aber wir müssen auch Acht geben, dass wir unsere Neutralität, die Sicherheit und die direkte Demokratie nicht langsam Preis geben werden. Besondere Sorge müssen wir aber den kleinen Zellen unserer Gesellschaft tragen: der Familie, dem Selbstbestimmungsrecht in den Gemeinden und in den Kantonen.

Andrea Geissbühler

Extraits du discours du 1er août à La Ferrière

« En comparaison internationale, notre pays se porte très bien ; il bénéficie d'un niveau de vie élevé. Depuis 1848, date la fondation de la Suisse moderne, nous avons été épargnés par les grandes guerres et par les catastrophes naturelles retentissantes.

Tous les grands indicateurs montrent que la situation économique de la Suisse est plus enviable que celle des pays de l'UE. Le taux de chômage atteint plus de 10 % au sein de l'UE et seulement un peu plus de 3 % chez nous. Notre monnaie est solide au point de pénaliser nos exportations. Notre inflation est très basse. Notre croissance est supérieure à celle de la plupart des pays européens, notre dette publique largement inférieure aux leurs. L'économie suisse figure parmi les plus compétitives du monde, notre pouvoir d'achat parmi les plus élevés. Cette situation remarquable est due à la qualité et à la quantité de notre travail collectif ainsi qu'à nos bonnes conditions cadre.

Anne-Caroline Graber

Pendant le mois d'août mon adresse était Expo village. En effet cette année pas question de faire un discours du 1er.août. Notre fête nationale je l'ai passée à Milan à travailler pour Agro Marketing Suisse. Je serai là aussi le mois d'octobre. C'est avec plein d'entrain et de fierté que je représente ici la Suisse. Les visiteurs sont tout étonnés et tout content quand j'essaie de leur parler dans leur langue. Cela montre l'esprit ouvert, convivial et accueillant de notre pays, les autres pavillons se contentent en principe de l'italien et de l'anglais. Même pas au pavillon de Monaco on ne parle pas le français. Le plus difficile pour moi est de savoir dans quelle langue abordé la personne qui se trouve en face.

Béatrice Struchen

In der Präambel der Bundesverfassung steht etwas sehr Wesentliches zur Schweiz: «Gewiss dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht». Wir müssen immer wieder daran denken, frei zu handeln und nicht ständig abzuwarten, was die EU oder andere tun oder sagen. Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Diese Werte machen die Qualität unseres Landes aus. Gerade jetzt im Wahlkampf erhalte ich auf der Strasse im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder Zuspruch für unsere Arbeit mit der SVP. Um auch in Zukunft in einem freien und sicheren Land leben können, gilt es jetzt zu mobilisieren, damit wir am 18. Oktober unsere Ziele erreichen und die SVP im Nationalrat stärken können und Albert Rösti den Ständeratssitz holen kann.

Nadja Pieren

Thomas Knutti

am 18.10.2015
in den Nationalrat

Liste 1

SVP UDC

Verhältnis Kirche und Staat – Die Beratung im Grossen Rat

In der Septembersession wurde als Kerngeschäft der Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat beraten. Anstoss für den Bericht gab die Spardebatte ASP, weil damals auch die Frage laut wurde, ob das aktuelle System noch zeitgemäss ist.

Das Verhältnis von Kirche und Staat ist in der bernischen Kantonsverfassung geregelt (Art. 121–126): Als Landeskirchen anerkannt sind die evangelisch-reformierte, die römisch-katholische und die christkatholische Kirche. Das Band ist enger als in anderen Kantonen, weil der Staat Bern 1804 die Pfründe der Kirche (die Kirchengüter) ins Staatsvermögen übernommen und sich im Gegenzug dazu verpflichtet hatte, die Pfarrlöhne zu begleichen. Aktuell legt deshalb der Grosse Rat die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen fest und der Regierungsrat ordnet die bewilligten Stellen den Kirchgemeinden zu. Heute haben die Pfarrer somit faktisch mehrere Chefs (den Kanton, da die Pfarrer de facto Kantonsangestellte sind, die Kirchgemeinde und die Landeskirche), was auch negative Folgen haben kann.

Die Stossrichtung des Regierungsrats

Nach einer Auslegeordnung von externen Experten erstellte der Regierungsrat einen Bericht, der die politischen Schlussfolgerungen aus der Expertise zog und Reformvorschläge machte. Acht Leitsätze wurden formuliert: 1. Die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat erfolgt […] im Rahmen einer Totalrevision des Kirchengesetzes von 1945. 2. Die Geistlichen werden von den Landeskirchen angestellt. Die Personaladministration wird den Landeskirchen übertragen. 3. Die Aufnahme von Geistlichen in den Kirchendienst wird durch die Landeskirchen geregelt und abgewickelt. Der Kanton erlässt […] gewisse Vorgaben. 4. Die pfarramtliche Versorgung der Kirchgemeinden wird von den Landeskirchen festgelegt. 5. Auf die Ablösung der historischen Rechtstitel wird verzichtet. 6. Für die Finanzierung der Landeskirchen wird ein neues, zeitgemässes und verlässliches System ausgearbeitet, welches die historischen Ansprüche der Landeskirchen respektiert, aber auch den berechtigten Interessen des Kantons Rechnung trägt […]. 7. Bei den Kirchensteuern der juristischen Personen wird eine positive Zweckbindung eingeführt. […] 8. Auf die Ausarbeitung eines allgemeinen Anerkennungsgesetzes wird bis auf weiteres verzichtet. […].

Zusammengefasst ist die vom Regierungsrat angedachte Revision eine Mini-Revision, die sich primär auf das Anstellungsverhältnis der Pfarrer konzentriert.

Anträge aus der vorberatenden Kommission und von Grossratsmitgliedern

Grossratsmitglieder aller Couleur wollten die angedachte Revision des Kirchengesetzes verhindern und den Bericht zurückweisen. Ein Teil wollte am Status quo festhalten, andere forderten unter anderem eine konsequentere Trennung von Kirche und Staat und dritte wollten gar, dass auch andere religiöse Gemeinschaften wie etwa der Islam Anerkennung und finanzielle Unterstützung erhalten. Neben diesen Rückweisungsanträgen wurden auch Planungserklärungen zu den Leitsätzen formuliert, die in eine ähnliche Richtung gingen.

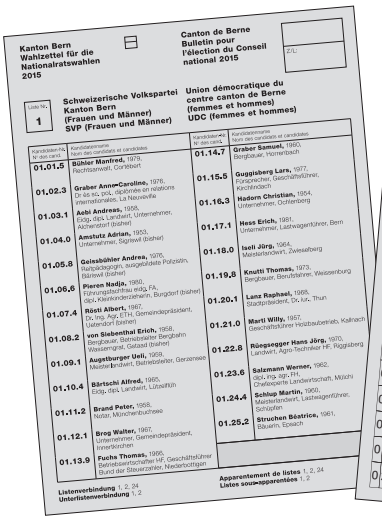
Haltung der SVP zum Bericht und zur Revision des Kirchengesetzes

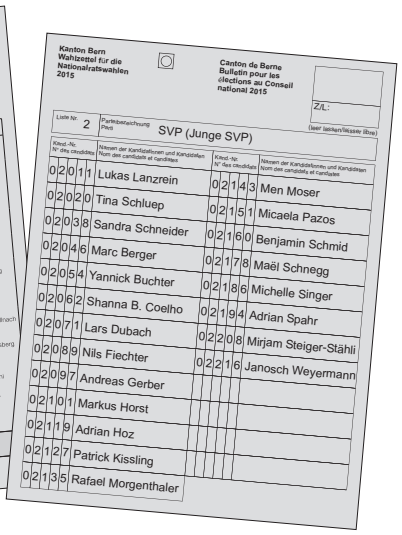
Die SVP-Fraktion vertrat in der Debatte eine entschlossene Haltung: Sie steht zu den Landeskirchen als Basis unserer Gesellschaft. Eine Anerkennung von weiteren Religionsgemeinschaften (z.B. Islam) ist hingegen keine Option. Der Bericht ist eine solide Auslegeordnung, der Regierungsrat beschränkt sich darauf, alte Zöpfe abzuschneiden. Dies ist grundsätzlich begrüssenswert, denn für weitere Revisionsschritte, z.B. in Richtung Trennung von Kirche und Staat, besteht weder Handlungsbedarf noch ist dies im Sinne der bernischen SVP. Erwartet wird deshalb, dass der Regierungsrat bei der Gesetzesrevision auf der Stufe der minimalen Revision bleibt, ansonsten müsste eine Rückweisung geprüft werden. Die Neuregelung der Pfarranstellungen darf nicht zu einer Mehrbelastung der Einwohnergemeinden führen. Die Kirchensteuern für juristische Personen sind beizubehalten, wobei die Form der negativen Zweckbindung als Option denkbar ist.

Trennung von Kirche und Staat abgewendet

Nach einer intensiven Debatte wurden die Rückweisungsanträge abgelehnt und der Grosse Rat hat sich für die Totalrevision des Kirchengesetzes ausgesprochen. Erfreulicherweise abgelehnt wurde der Antrag für eine vollständige Trennung von Kirche und Staat. Ebenfalls abgelehnt wurden die Anträge, die eine Anerkennung weiterer Religionsgesellschaften wollten. Die Kirchensteuern für juristische Personen werden nicht abgeschafft, es gilt aber eine negative Zweckbindung, d.h. das Geld darf nicht für kultische Zwecke eingesetzt werden. Die Totalrevision des Kirchengesetzes wird nun basierend auf diesen Eckwerten in Angriff genommen.

KEHRLI
DÄCHER VOM FACHMANN
Kehrli Bedachungen AG
STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN
Gerberngasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 40 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch


Kanton Bern Wahlzettel für die Nationalratswahlen 2015
Canton de Berne Bulletin pour l'élection du Conseil national 2015
Liste Nr. 1
Schweizerische Volkspartei Kanton Bern (Frauen und Männer) SVP (Frauen und Männer)
Union démocratique du centre canton de Berne (femmes et hommes) UDC (femmes et hommes)
01.01.5 Bühler Manfred, 1979, Rechtsanwalt, Corbéret
01.02.3 Graber Anne-Caroline, 1976, Dr iur, ssc, pcs, diplômée en relations internationales, La Neuveville
01.03.1 Aebi Andreas, 1956, Eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, Aschwanden (bisher)
01.04.0 Amstutz Adrian, 1953, Unternehmer, Sigriswil (bisher)
01.05.8 Geissbühler Andrea, 1976, Rechtsdiplomat, ausgebildete Polizistin, Bürkiswil (bisher)
01.06.6 Pieren Nadja, 1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Krankenversicherin, Burgdorf (bisher)
01.07.4 Rösti Albert, 1967, Dr. ing. Agr. ETH, Gemeindepräsident, Uetendorf (bisher)
01.08.2 von Siebenthal Erich, 1958, Bergbauer, Bahnbetreiber Bergbahn Wasserngrat, Gstaad (bisher)
01.09.1 Augsburger Ueli, 1958, Maurer/Bauleiter, Betriebsleiter, Gerzensee
01.10.4 Bärtschi Alfred, 1955, Eidg. dipl. Landwirt, Lützelflüh
01.11.2 Brand Peter, 1958, Notar, Münchenbuchsee
01.12.1 Brog Walter, 1957, Unternehmer, Gemeindepräsident, Innerkirchen
01.13.9 Fuchs Thomas, 1966, Betriebswirtschafter HF, Geschäftsführer Bund der Steuerzahler, Niederbottigen
01.14.7 Graber Samuel, 1990, Bergbauer, Hornetbach
01.15.5 Guggisberg Lars, 1977, Forsprecher, Geschäftsführer, Kirchlindach
01.16.3 Hadorn Christian, 1954, Unternehmer, Ostermundigen
01.17.1 Hess Erich, 1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern
01.18.0 Iseli Jürg, 1964, Meisterlandwirt, Zwieselberg
01.19.8 Knutti Thomas, 1973, Bergbauer, Berufsfahrer, Weissenburg
01.20.1 Lanz Raphael, 1968, Stadtpräsident, Dr. iur., Thun
01.21.0 Marti Willy, 1957, Geschäftsführer Holzbaubetrieb, Kallnach
01.22.8 Rüegsegger Hans Jörg, 1970, Landwirt, Agro-Techniker HF, Riggisberg
01.23.6 Salzmann Werner, 1962, dipl. Ing. agr. FH, Zweitbeworbene Landwirtschaft, Mülchi
01.24.4 Schlup Martin, 1960, Meisterlandwirt, Lastwagenführer, Schwarzenburg
01.25.2 Struchen Béatrice, 1961, Bäuerin, Epsach
Listenverbindung 1, 2, 24
Unterlistenverbindung 1, 2
Apparentement de listes 1, 2, 24
Listes sous-apparentées 1, 2


Kanton Bern Wahlzettel für die Nationalratswahlen 2015
Canton de Berne Bulletin pour les élections au Conseil national 2015
Liste Nr. 2 Parteibezeichnung Parti SVP (Junge SVP)
Kand.-Nr. N° des candidats — Namen der Kandidaten und Kandidatinnen / Nom des candidats et candidates — Kand.-Nr. N° des candidats — Namen der Kandidaten und Kandidatinnen / Nom des candidats et candidates
02011 Lukas Lanzrein
02020 Tina Schluep
02038 Sandra Schneider
02046 Marc Berger
02054 Yannick Buchter
02062 Shanna B. Coelho
02071 Lars Dubach
02089 Nils Fiechter
02097 Andreas Gerber
02101 Markus Horst
02119 Adrian Hoz
02127 Patrick Kissling
02135 Rafael Morgenthaler
02143 Men Moser
02151 Micaela Pazos
02160 Benjamin Schmid
02178 Maël Schnegg
02186 Michelle Singer
02194 Adrian Spahr
02202 Mirjam Steiger-Stähli
02220 Janosch Weyermann

Wählbar im ganzen Kanton Bern!

Thomas Fuchs

wieder in den Nationalrat

Geschäftsführer Bund der Steuerzahler, Mitglied Schweizerische Bankiervereinigung, Grossrat, Mitglied Justizkommission und Leiter Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft, Oberst der Schweizer Armee, Präsident Berner Samariter, PIKOM und Pro Libertate, Zeitungsverleger

2x auf Ihre Liste!

SVP UDC Liste 1 www.nein.eu

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

National- und Ständeratswahlen 18. Oktober 2015

2x auf jede Liste

Gewinner Wettbewerb Mai 2015

Fritz Rothen	3096 Oberbalm	gewinnt	100 m Hadorn Schlauch
Karl Lanz	3661 Uetendorf	gewinnt	1 Graber Bergkäse
Fritz Lüthi	3268 Lobsigen	gewinnt	1 Nachtessen mit Graber & Hadorn

Herzliche Gratulation!

Wer wählt gewinnt!

Sicher und frei bleiben - SVP wählen!

SVP Liste 1 oder 2 + Albert Rösti in den Ständerat

Wir engagieren uns für Sie, damit Ihnen mehr zum Leben bleibt:
Kein EU-Beitritt - keine 10-Millionen-Schweiz

Gratis Wahlhotline 0800 002 444

Mein Zuhause - Unsere Schweiz
www.svp-bern.ch

SVP UDC

Regierungsratswahlen: Nomination am 3. November

Aufgrund der Rücktritte der beiden SP-Regierungsräte Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud finden am 28. Februar Regierungsrats-Ersatzwahlen statt.

Der Parteivorstand der Kanton Bern hat eine Findungskommission eingesetzt, die Hearings mit den Kandidierenden durchführt und die Dossiers auf der Basis des erstellten Anforderungsprofils überprüft.

Interessierte werden von den Wahlkreisen an die Findungskommission gemeldet. Die Nomination findet an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 3. November in Belp statt.

Wichtig: Die für den 21. Oktober geplante DV entfällt.

Swing und Politik mit der Berner SVP

Samstag, 3. Oktober 2015

10.30 – 13.30 Uhr an der Nidaugasse in Biel

Mit gratis Risotto und viel Musik!

Mit:

Ständeratskandidat Albert Rösti

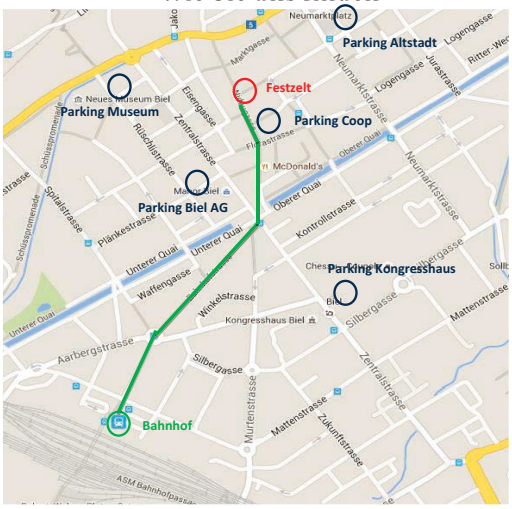
Nationalrätin Nadja Pieren

Parteipräsident Werner Salzmann

Moderator: Grossrat Mathias Müller!

BIG BAND
History Swingers

Wie Sie uns finden



Vom Bahnhof bis zum Festzelt sind es ca. 9 Minuten zu Fuss.

Wir sehen uns am 3. Oktober in Biel